

Kommunale Konferenz Alter und Pflege am 12.05.2021**Verbindliche Bedarfsplanung für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2021 bis 2023**

Bericht: Nora Kristin Gäbel, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Frau Gäbel fasst die wesentlichen Ergebnisse der verbindlichen Bedarfsplanung 2021-2023 für die stationären und teilstationären Pflegeplätze anhand einer Präsentation zusammen. Im Jahr 2023 wird ein rechnerisches Defizit von 31 stationären Pflegeplätzen bestehen. Grund für das deutlich geringere Defizit (im Vergleich zu den Vorjahren) sind zum einen die aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Presseamtes/Statistikstelle der Stadt Bielefeld, die aufgrund eines pandemiebedingten Rückgangs von Wanderungen eine geringere Bevölkerungsentwicklung prognostiziert. Zum anderen weist die neue Pflegestatistik eine stationäre Versorgungsquote von nur noch 16% aus, die wiederum bei der Berechnung der benötigten stationären Pflegeplätze zu einem geringeren rechnerischen Bedarf führt.

Einen weiteren Effekt auf die Bedarfsplanung hat die Tatsache, dass die 104 Plätze des Seniorenzentrums Baumheide voraussichtlich Ende 2022 nach erfolgter Sanierung wieder vollständig zur Verfügung stehen werden.

Der angestoßene Prozess zur Entwicklung innovativer ambulanter Wohn- und Versorgungsmöglichkeiten soll dennoch fortgesetzt werden, um vorbereitet zu sein, wenn Bedarfe wieder steigen, und um möglichst viele Wahlmöglichkeiten für Betroffene zu schaffen.

In der anschließenden Diskussion wird pandemiebedingt von wenig „Bewegungen“ in den Einrichtungen gesprochen (wenig Ein- und Auszüge).

Die aktuelle Zurückhaltung wird vorwiegend auf die Corona-Pandemie zurückgeführt. Insbesondere im Bereich der Kurzzeitpflege wird ein starker (Wieder-)Anstieg der Nachfrage erwartet.

Die Entwicklung neuer Wohnformen im ambulanten Bereich im Sinne von kleinteiligeren, quartiersnahen Angeboten wird grundsätzlich befürwortet. Mit Blick auf die Pflegereform, die eine Senkung der Eigenanteile stationär versorgter Pflegebedürftiger vorsieht, könnte sich jedoch auch wieder eine höhere Nachfrage nach stationärer Versorgung ergeben. Im Rahmen ihrer Wahlprogramme für die Bundestagswahl formulieren nahezu alle Parteien die Forderung nach einer besseren Vergütung in der Pflege. Wie sich dieser Anspruch mit dem Ziel niedrigerer Eigenanteile vereinbaren lässt, bleibt abzuwarten.